

# Allgemeine Zeitung

MAINZ

## Hotel-Aktion und Weihnachtsleuchten

Neuer Citymanager Walter Strutz will Bewährtes reaktivieren. ► **LOKALES**

## Wildschweine wüten auf Friedhof

Tiere beschädigen Bepflanzungen von Gräbern in Mombach. ► **LOKALES**

## Neues Programm

Sieben Tage Fernsehen auf einen Blick ► **RTV**



Dienstag, 26. Juni 2012 | Nr. 146 | 162. Jahrgang

www.allgemeine-zeitung.de

1 G 1112 A Preis: 1,55 €

## Vorbereitung auf Angstgegner

**DANZIG** (dpa). Für die deutsche Fußball-Nationalmannschaft hat die Vorbereitung auf die Viertelfinal-Partie am Donnerstag in Warschau gegen Italien begonnen. Höchstes Augenmerk liegt für Bundestrainer Joachim Löw darin, seinen Spielern das nötige



Selbstbewusstsein gegen den Angstgegner Italien einzupflanzen. Noch nie hat eine deutsche Nationalmannschaft bei großen Turnieren gegen Italien gewonnen.

► **EM-EXTRA**

## Aktionsbündnis für Museum

**MAINZ** (mj). Mit einem Aktionsbündnis „Gutenberg 2020“ will die Stadt alle Ideen für eine finanzielle, bauliche und strukturelle Verbesserung des Gutenberg-Museums bündeln. Bau- und Kulturdezernentin Marianne Grosse hat eine Arbeitsgruppe eingesetzt, der unter anderem der Kabarettist Lars Reichow und Museumsdirektorin Dr. Annette Ludwig angehören. Bis Ende des Jahres soll ein Modernisierungskonzept für das Museum entwickelt werden. Nach Ansicht Reichows müsse man bei diesem Projekt „groß“ denken und den Finanzhebel bis nach Brüssel ansetzen. ► **LOKALES**

## Anklage gegen Ex-CDU-Chef?

**MAINZ** (lac). Dem früheren Landes- und Fraktionschef der rheinland-pfälzischen CDU, Christoph Böhr, sowie zwei weiteren früheren Verantwortlichen der CDU-Landtagsfraktion droht nach Informationen dieser Zeitung Anklage wegen Untreue. Zudem muss der Hamburger Ex-Finanzsenator Carsten Frigge mit einer Anklage wegen Beihilfe zur Untreue rechnen. Konkret geht es um Fraktionsmittel in Höhe von 386 000 Euro, die vor allem 2005 an die Düsseldorfer Agentur C4 gezahlt wurden. Das Geld soll nicht zu Fraktionszwecken, sondern illegal in ein Wahlkampfkonzept geflossen sein.

► **REGION**

## Hartz IV reicht oft nicht aus

**NÜRNBERG** (dpa). Immer mehr Hartz-IV-Empfänger beantragen bei ihrem Jobcenter ein zinsloses Darlehen. Nach den aktuellsten Daten vom Februar stieg die Zahl der sogenannten Bedarfsgemeinschaften, die eine entsprechende Unterstützung erhielten, binnen Jahresfrist von 14 600 auf 17 600 an. Im Schnitt erhalte jede Familie rund 250 Euro, die sie dann in kleinen Raten zurückzahlen müsse, erläuterte eine Sprecherin der Bundesagentur für Arbeit. Häufig seien Stromnachzahlungen der Grund für einen Antrag, aber auch eine kaputte Waschmaschine oder die nötige Reparatur eines Autos.

# „Sparer werden enteignet“

**EURO-KRISE** Finanzexperte Otte kritisiert „schizophrene“ Finanz- und Geldpolitik / Debatte über Rückkehr zur D-Mark

Von Ralf Heidenreich

**MAINZ/WORMS.** Anleger müssen sich nach Ansicht des Wirtschafts- und Finanzexperten Max Otte darauf einstellen, dass ihre Ersparnisse in den kommenden Jahren wegen der Euro-Krise zusammenschrumpfen. Die europäischen Politiker betrieben eine unsolide und „schizophrene“ Finanz- und Geldpolitik, die in den nächsten Jahren unweigerlich zu einem Abschmelzen von Geldvermögen führen müsse, sagt der Universitätsprofessor, Finanz-Unternehmer und Bestseller-Autor („Der Crash kommt“) im Interview. „Wenn selbst Wolfgang Schäuble sagt, dass drei Prozent Inflation hinnehmbar seien, dann bestätigt er offiziell, dass die Enteignung der Sparer begonnen hat. Denn die Sparszinsen liegen weit unter drei Prozent“, so Otte, der an der FH in Worms lehrt.

Den Sparern rät er, ungeachtet der Krise ihr Vermögen möglichst breit zu streuen: „Die Anleger sind verunsichert, deshalb lassen sie ihr gesamtes Vermögen auf dem Spar- oder Festgeldkonto. Das ist grundfalsch.“ Um nicht „abkassiert“ zu werden, müssten sie ihre Geldanlage zudem verstärkt selbst in die Hand nehmen. „Es hilft nichts: Sie müssen sich in die Materie einarbeiten. Machen Sie aber nichts, was Sie nicht verstehen. Meiden Sie Derivate und komplexe Finanzprodukte. Nehmen Sie nur Anlagen nach dem Reinheitsgebot: Festgelder, Anleihen und Anleihenfonds, Aktien und Aktienfonds, Gold und Immobilien.“



Ist die D-Mark ein Rettungsanker in der Euro-Krise? Finanzexperten sind sich nicht einig, ob eine Rückkehr zur alten Währung möglich und sinnvoll ist.

Foto: crimson-Fotolia/Bearbeitung: VRM, ts

Der Finanzexperte hält eine Wiedereinführung der D-Mark zwar für „sehr unwahrscheinlich, denn eine Rückkehr wäre nicht nur technisch und ökonomisch schwer zu bewältigen, es hätte auch ein politisches Zerwürfnis mit Frankreich zur Folge“. Ganz auszuschließen sei die Rückkehr zur D-Mark jedoch

nicht. Jörg Asmussen, Mitglied des Direktoriums der Europäischen Zentralbank (EZB), sieht den Euro zu Unrecht als Ursache der aktuellen Krise dargestellt.

## HILFE FÜR ZYPERN UND SPANIEN

► **Zypern** flüchtet als fünftes Land unter den Euro-Rettungsschirm. Der Inselstaat hat seine europäischen Partner um Hilfe aus den Krisenfonds EFSF oder ESM ersucht, wie die Regierung gestern mitteilte. Als Begründung verwies Zypern auf die Auswirkungen der Griechenland-Krise.

► **Spanien** hat nach Angaben von Wirtschaftsminister Luis de Guindos gestern offiziell den Antrag auf Bankenhilfe an die Euro-Partner abgeschickt. Gleichwohl wertete die Ratingagentur Moody's am Abend die Kreditwürdigkeit von mehr als zwei Dutzend Banken in Spanien um bis zu vier Stufen herab.

Durch den Wegfall des Währungsrisikos sei er „in Wirklichkeit ein sehr wirksamer Krisenpuffer“, schreibt Asmussen in einem Gastbeitrag für diese Zeitung. „Kann sich heute überhaupt jemand vorstellen, zu welchen Verwerfungen die Finanzkrise an den innereuropäischen Devisenmärkten geführt hätte, wenn es noch D-Mark, Gulden oder Lira gegeben hätte?“, fragt der EZB-Banker Wilhelm Hankel, einer der schärfsten Euro-Kritiker überhaupt, sieht die Gemeinschaftswährung durch die Politik „für einen kalten n Staatsstreik missbraucht“. „Beseitigt ist die Gefahr erst, wenn Europa zu seinen alten nationalen Währungen zurückkehrt“, so Hankel. ► **KOMMENTAR/BLICKPUNKT**

## Merkel: Vorerst kein Plebiszit

**FISKALPAKT** Mehr Machtfülle für Brüssel – die Kanzlerin will jedoch keine schnelle Volksabstimmung

**BERLIN** (dpa). Bundeskanzlerin Angela Merkel will die wachsende Machtfülle der EU nicht durch eine schnelle Volksabstimmung in Deutschland absichern lassen. Zu der von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) geweckten Erwartung an eine baldige Volksabstimmung über eine Grundgesetzänderung bei weiterer Kompetenzabgabe an die EU sagte Regierungssprecher Stef-

fen Seibert gestern in Berlin, das sei eher ein Schritt von „übermorgen“.

Merkel strebt bei der Entscheidung über den EU-Rettungsschirm ESM am Freitag im Bundestag überraschend – wie beim europäischen Fiskalpakkt – eine Zweidrittelmehrheit an. Damit sollen laut Seibert mögliche verfassungsrechtliche Risiken ausgeschlossen werden.

Die CDU-Chefin sieht zudem breiten parteiübergreifenden Rückhalt beim EU-Gipfel an diesem Donnerstag und Freitag in Brüssel. Sie warnte davor, dort zu viel über Eurobonds und damit über eine gemeinsame Haftung für Schulden zu sprechen – statt über die strukturelle Kontrolle der Haushaltspolitik in der Eurozone. Eine gemeinsame Haftung für Schulden verbiete schon die deut-

sche Verfassung. Das Ziel sei aber auf Dauer eine stärkere politische Union, „mehr Europa also“.

Nach Gesprächen mit SPD und Grünen hatte sich die schwarz-gelbe Bundesregierung am Sonntag auch mit den Bundesländern auf Eckpunkte zur Umsetzung des Fiskalpaktes zu mehr Haushaltsdisziplin in Europa verständigt.

► **MEINUNG UND DIALOG**

## BECK: RICHTIGE ÜBERLEGUNG

► Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) hält eine Volksbefragung bei einer Reform der EU-Verträge für eine „richtige Überlegung“. Wenn die EU mehr Kompetenzen bekommen solle, seien die Erwägungen über ein Referendum richtig, sagte Beck.

► Kritik kam indes von der CDU-Landeschefin Julia Klöckner. Sie warnte vor „voreiligen Forderungen nach Volksabstimmungen über EU-Verträge“.

## Timoschenko soll zu Amtsarzt

**UKRAINE** Justiz reicht Attest von deutschem Spezialisten nicht aus

**KIEW** (dpa). Die in Haft erkrankte ukrainische Ex-Regierungschefin Julia Timoschenko ist nicht zu ihrem zweiten Prozess erschienen und muss sich nun von einem Amtsarzt untersuchen lassen. Die Entscheidung eines Gerichts in der Stadt Charkow gestern gilt als Rückschlag für Timoschenko, die ukrainischen Medizinern misstraut und sich von deutschen Spezialisten behandeln lässt. Der Richter setzte die nächste Verhandlung für den 10. Juli an, wie Medien berichteten.

Die 51-jährige Oppositions-

führerin weigerte sich aufgrund eines Gutachtens des Neurologen Prof. Karl Max Einhäupl von der Berliner Charité, an dem Verfahren wegen Steuerhinterziehung und Veruntreuung teilzunehmen. Einhäupl hatte Timoschenko am Wochenende erneut in einem Krankenhaus in Charkow untersucht. Sie misstraut ukrainischen Ärzten und lehnt Behandlungen durch heimische Spezialisten ab.

Vor dem Justizgebäude kam es zwischen Anhängern und Gegnern der Politikerin zu einem

Handgemenge, das von der Miliz der Ex-Sowjetrepublik rasch beendet wurde.

In einem ersten, international kritisierten Prozess war Timoschenko im Oktober 2011 wegen Amtsmissbrauchs zu sieben Jahren Straflager verurteilt worden. Das Berufungsverfahren soll heute in Kiew beginnen. Der Fall Timoschenko überschattet auch die Fußball-Europameisterschaft in der Ukraine. Führende europäische Politiker haben die Spiele in der Ex-Sowjetrepublik deswegen boykottiert. ► **KOMMENTAR**

ACDA  
DAS GESUNDHEITS- UND WELLNESSMAGAZIN

Heute als Beilage in dieser Zeitung

## WETTER

Sonne-Wolken-Gemisch

23°  
9°



Westwind

► **FERNSEHEN/WETTER**

## HEUTE

### Sabine Lisicki meistert Auftaktmatch

Beim Tennisturnier in Wimbledon stehen auch Angelique Kerber, Philipp Petzschner, Florian Mayer und Benjamin Becker in der zweiten Runde.

► **SPORT**

### Beratungsprotokolle in der Kritik

Beratungsprotokolle dienen nach Ansicht von Verbraucherschützern eher der Bank als dem Anleger. Die Institute versuchten mit dem Dokument, ihr Haftungsrisiko zu minimieren.

► **WIRTSCHAFT**

### Großmutter unter Mordverdacht

Die eigene Oma soll ihre zweijährige Enkelin mit einem Messer umgebracht haben – sie bestreitet jedoch die Tat.

► **PANORAMA**

## BÖRSE

### Dax im Minus

Dax 6132,39 (- 130,86)  
TecDax 725,52 (- 15,57)  
Dow Jones 12 502,66 (- 138,12)  
Dollar 0,8008 (0,7975)

► **WIRTSCHAFT**

## VIDEO DES TAGES

EM: Traum in Schwarz-Rot-Gold



QR-Code fürs Smartphone

## INHALT

REGION	5
WIRTSCHAFT	7
LOKALES	9
FERNSEHEN	24
KULTUR	25
SPORT	27
ROMAN/RÄTSEL	33
PANORAMA	36

## KONTAKT

Zustellung/  
Abo-Service: 061 31 / 48 49 50  
Fax: 061 31 / 48 49 34  
Privatanzeigen: 061 31 / 48 48  
Fax: 061 31 / 48 47 79  
Redaktion: 061 31 / 48 59 60  
Fax: 061 31 / 48 58 68  
E-Mail: az-redaktion@vrm.de

Zeitung online:  
www.rhein-main-press.de

www.facebook.com/  
allgemeinezeitung

www.twitter.com/  
aznachrichten

Probeabo: 061 31 / 48 49 50

Erich-Dombrowski-Straße 2  
55127 Mainz

RHEIN MAIN PRESSE



4 190111 201550